

Staub: Städte unter Druck

WAZ Essen. In deutschen Städten drohen Fahrverbote für Diesel-Pkw. Umweltverbände rechnen damit, dass wegen der EU-Richtlinie zur Luftreinhaltung bereits ab Sommer Fahrzeuge ohne Rußfilter aus den Innenstädten verbannt werden. Davon betroffen wäre auch Dortmund: An der Brackeler Straße/Borsigplatz wurden die Feinstaub-Werte bereits mehrfach überschritten, teilte der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland mit. Das Aktionsbündnis „Kein Diesel ohne Filter“ warf Finanzminister Eichel vor, die Förderung von Partikelfiltern zu blockieren. • Bericht Seite 2

Ein Staub-Gipfel in NRW soll Städten den Weg aufzeigen

EU-Richtlinie zwingt zur Eile - Umweltverbände wollen klagen

Von Jürgen Polzin

WAZ Essen. Nordrhein-Westfalen bekommt einen „Staub-Gipfel“: Am 15. Februar werden Experten, Umweltverbände und Vertreter der Städte auf Einladung von Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) über die künftige Strategie der Luftreinhaltung beraten.

„Das Land hat nun die einmalige Chance, mit 20-jähriger Verspätung endlich eine Verbesserung seiner Verkehrsprobleme herbeizuführen“, erklärt Werner Reh, verkehrspolitischer Sprecher des Bundes für Naturschutz Deutschland (BUND). Auf dem Treffen sollen die neuesten Messwerte aus den Städten sowie mögliche Gegenmaßnahmen vorgestellt werden.

Hintergrund sind die verschärften EU-Grenzwerte zur Luftreinhaltung, die insbesondere in den Ballungsräumen massive Probleme bereiten. Der Abrieb von Reifen und Bremsen, die Aufwirbelung von Staub sowie der Ausstoß von feinen Rußpartikeln aus Dieselmotoren führen vielerorts dazu, dass die zulässigen Werte überschritten werden. Umweltverbände bereiten Musterklagen für betroffene Anwohner vor, um Städte zum Handeln zu zwingen. Mögliche Konsequenzen sind Fahrverbote und Tempolimits.

„Das Problem ist seit sechs Jahren bekannt“, kritisiert BUND-Verkehrsexperte Tilman Heuser. Er bemängelt, dass weder die Bezirksregierungen noch die Städte eine Strategie zur Lösung des Problems hätten. „Bis Ende letzten Jahres mussten die betroffenen Städte Luftreinhaltepläne vorlegen, doch nichts ist passiert“, sagt Heuser. Erst die Ankündigung von Musterklagen habe die Verantwortlichen aufgeschreckt: „Wir werden betroffene Anwohner unterstützen, ihr Recht auf reine Luft einzuklagen.“

Umweltverbände fordern langfristige Konzepte. Um den Berufsverkehr zu reduzieren, müsse verstärkt für Fahrgemeinschaften geworben werden. Wichtigstes Ziel aber sei, den Rußausstoß an der Quelle zu bekämpfen. Die Initiative „Kein Diesel ohne Filter“, ein Aktionsbündnis aus Umweltverbänden, Automobilclubs und Gesundheitsexperten, fordert die breite Einführung von Partikelfiltern. „Nur wenn dieser Ausstoß konsequent gesenkt wird, können die Grenzwerte eingehalten werden“, sagt Heuser. Diese technische Lösung kostet den Staat nichts, argumentiert das Bündnis.

Auch der Städtetag unterstützt die Einführung des Filters. Zugleich setzt er sich für flankierende Maßnahmen ein, zum Beispiel die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs. Busse und Bahnen müssten eine echte Alternative sein. Aktuelle Pläne, die Mittel des Bundes zu kürzen, würden hier das Gegenteil bewirken.

WAZ, 1. Februar 2005